LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/15995**

01.10.2025

Beschlussempfehlung und Bericht

des Sportausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/14547

Gesetz zum Erhalt kommunaler Hallen- und Schulschwimmbäder
(Hallen- und Schulschwimmbäder-Gesetz – HSchwG NRW)

Berichterstatter Abgeordneter Bernhard Hoppe-Biermeyer

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drucksache 18/14547 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 01.10.2025/Ausgegeben: 08.10.2025

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Fraktion der AfD „Gesetz zum Erhalt kommunaler Hallen- und Schulschwimmbäder (Hallen- und Schulschwimmbäder-Gesetz – HSchwG NRW), Drucksache 18/14547 wurde am 10. Juli 2025 vom Plenum zur federführenden Beratung an den Sportausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales überwiesen

Die Fraktion der AfD führt aus, dass in den letzten Jahrzehnten in Nordrhein-Westfalen ein deutlicher Rückgang der Anzahl kommunaler Schwimmbäder zu verzeichnen sei. Nach Angaben des Schwimmverbandes NRW seien in den vergangenen 25 Jahren bereits über 40 Prozent der Schwimmbäder in Nordrhein-Westfalen geschlossen worden. Schwimmbäder zählten bisher zu den freiwilligen Selbstverwaltungsleistungen der Kommunen und fielen bei knappen Kassen häufig Sparmaßnahmen zum Opfer. Angesichts angespannter Kommunalfinanzen und gestiegener Energiekosten drohten in den kommenden Jahren weitere Bäderschließungen. Diese Entwicklung habe bereits jetzt spürbare Auswirkungen: Immer weniger Kinder erlernen frühzeitig das Schwimmen, da in vielen Kommunen geeignete Wasserflächen für den Schwimmunterricht fehlten.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, dass der Betrieb von Hallen- und Schulschwimmbädern als verpflichtende kommunale Aufgabe festgeschrieben werden solle. Die Kommunen würden damit gesetzlich zudem verpflichtet, ein Mindestangebot an Schwimmmöglichkeiten vorzuhalten.

B Beratung

Der Sportausschuss hat sich in seiner Sitzung am 30. September 2025 erstmalig und letztmalig mit dem Gesetzentwurf befasst.

Hierzu lag auch die Stellungnahme der kommunalen Spitzenvertreter, Stellungnahme 18/2716, vor.

Der mitberatende Ausschuss für Heimat und Kommunales hat sich mit dem Gesetzentwurf nicht befasst.

Die Fraktion der AfD warb um Zustimmung zu ihrem Gesetzentwurf und wies u.a. auf den deutlichen Rückgang der Anzahl kommunaler Schwimmbäder hin. Angesichts angespannter Kommunalfinanzen und gestiegener Energiekosten drohten in den kommenden Jahren weitere Bäderschließungen, wenn nichts unternommen werde. Man fordere die anderen Fraktionen auf dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll APr 18/998 verwiesen.

C Ergebnis

Am 30. September 2025 hat sich der Sportausschuss abschließend mit dem Gesetzentwurf, Drucksache 18/14547, befasst und diesen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

Bernhard Hoppe-Biermeyer
Vorsitz